

Wahlprüfstein LSVD*

1. **Ergänzung des Artikels 3 GG:** Setzen Sie sich für eine Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes um die Merkmale „sexuelle und geschlechtliche Identität“ ein, um die rechtliche Gleichstellung von LSBTIQ*-Personen zu sichern?

Volt setzt sich aktiv für die Rechte von LSBTIQ*-Personen ein und möchte die rechtliche Absicherung der Gleichstellung durch die Ergänzung des Artikel 3 GG. Unser Wahlprogramm enthält folgende Forderung:

“Verankerung im Grundgesetz: Die Geschlechtsidentität und sexuelle Vielfalt werden als Diskriminierungsmerkmale in Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen.”

Volt befürwortet Gleichstellung und Chancengleichheit für alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Volt sieht die Förderung von Vielfalt und Inklusion als zentrale Werte an und fordert unter anderem rechtliche Gleichstellung, den Schutz vor Diskriminierung sowie die Unterstützung von Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen in Schulen und der Gesellschaft.

In unserem Hamburgischen Wahlprogramm halten wir fest:

“Für eine offene und tolerante Stadtgesellschaft fordern wir, dass **queeres Leben auf uneingeschränkte Akzeptanz stößt** und als Selbstverständlichkeit aufgefasst wird. Es soll dabei keine Rolle spielen, wen man liebt oder in welchem Körper man zu Hause ist. Bei politischen Entscheidungen und innerhalb behördlichen Handelns sollte ein **kritisches Bewusstsein für die gesellschaftliche Hetero- und Cis-Normativität** entwickelt werden. Unsere Stadtgesellschaft soll aufgeklärter und aufgeschlossener gegenüber der Vielfalt an sexuellen und geschlechtlichen Identitäten sein, um allen Hamburger*innen ein unterstützendes Zuhause zu sein und unsere Besucher*innen in all ihrer Vielfalt willkommen zu heißen.”

“Konkret setzt sich Volt dafür ein,

- Projekte zur Aufklärung über **sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität** zu fördern und queere Vereine und Zentren als Schutzräume der Community zu unterstützen.
- **frei zugängliche Informationen und gute Angebote** zu schaffen, um jungen Menschen den Zugang zu Beratungsstellen zu ermöglichen.

- flächendeckende **Aufklärung, Trainings- und Sensibilisierungsmaßnahmen** für Angestellte des öffentlichen Dienstes und Unternehmen im privaten sozialen Bereich durchzuführen.
- öffentlichen Einrichtungen und eingetragenen gemeinnützigen Vereinen einen **diskriminierungsfreien Raum** zu bieten und regelmäßig über neutrale Anlaufstellen bei Diskriminierungsfällen zu informieren.
- auch junge Menschen als eine unterrepräsentierte Gruppe anzuerkennen und darauf hinzuwirken, ihnen mehr Gestaltungsmacht für ihre Zukunft zu verschaffen, sie nicht als unfertig zu betrachten und ihre Fähigkeiten und Eigenschaften über das Dasein als Konsument*innen hinaus wertzuschätzen.“

2. **Reform des Abstammungsrechts:** Unterstützen Sie eine Reform des Abstammungsrechts, die beide Frauen in einer lesbischen Ehe automatisch als Mütter anerkennt, wenn ein Kind durch künstliche Befruchtung geboren wird?

Wir treten eindeutig für die Rechte von werdenden Co-Müttern ein. Im WP fordern wir:

“Einführung der Co-Mutterschaft: Die Co-Mutterschaft tritt mit der Geburt eines Kindes in Kraft. Elternschaftseinträge können für Trans*-, Inter*- und nicht-binäre Personen (TIN*) entsprechend ihrer Ausweisdokumente korrigiert werden.“

3. **Selbstbestimmungsgesetz umsetzen:** Wie werden Sie sicherstellen, dass das Selbstbestimmungsgesetz in Hamburg konsequent diskriminierungsfrei umgesetzt wird, und welche weiteren Maßnahmen zur Unterstützung von trans*, inter* und nicht-binären Personen fordern Sie?

Wir werden als verantwortliche Mandatsträger*innen in der Bürgerschaft durch unsere Kontrollinstrumente sicherstellen, dass die neue Gesetzesgrundlage in allen Behörden vollständig und diskriminierungsfrei umgesetzt wird.

4. **Bundesweiter Aktionsplan “Queer Leben”:** Setzen Sie sich dafür ein, dass die Empfehlungen des bundesweiten Aktionsplans „Queer leben“ konsequent umgesetzt und regelmäßig evaluiert werden, um Hasskriminalität gegen LSBTIQ* zu reduzieren?

Wir stehen zu 100% hinter dem Aktionsplan. Unser Volt Hamburg Wahlprogramm hält konkret fest:

“Sicherheit für Personen der LGBTQIA+ Community

Die Zahl der LGBTQIA+-feindlichen Übergriffe in Hamburg ist 2023 um 75% gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Polizei registrierte 98 Straftaten im Bereich “sexuelle Orientierung” und “Geschlechtsbezogene Diversität”. Man geht außerdem von einer hohen Dunkelziffer aus. Von den Straftaten waren 20 im Bereich Körperverletzung und schwere Körperverletzung. Insbesondere die **Gewalt gegen Trans*Menschen** im öffentlichen Raum wächst weiter an. Volt möchte mit den Hamburgischen Vereinen und Zentren zusammenarbeiten, um das öffentliche Bewusstsein für jegliche ausgrenzende Gewalt zu schärfen und konkret **Hilfsangebote für Betroffene ausweiten, Behörden weiter sensibilisieren sowie in Prävention und Aufklärung in Schule und Gesellschaft investieren**, um diesem schlimmen Trend entgegenzuwirken.”

5. **Aktionsplan gegen Feindlichkeit in Hamburg:** Unterstützen Sie die kontinuierliche Umsetzung und Evaluation der Maßnahmen des Hamburger Aktionsplans zur Bekämpfung von Queerfeindlichkeit, inklusive der konsequenten Verfolgung von Hasskriminalität?

Wir stehen zu 100% hinter dem Aktionsplan, vgl. Antwort von 4.

6. **LSBTIQ*-Vertretungssitz im NDR-Rundfunkrat:** Setzen Sie sich für die Einführung eines festen LSBTIQ*-Vertretungssitzes im NDR-Rundfunkrat ein, um queere Menschen demokratisch zu beteiligen und in der Berichterstattung besser zu vertreten?

Unsere Überzeugungen zur Gleichstellung beinhalten eine entsprechende Repräsentanz aller marginalisierten und potenziell von Diskriminierung betroffener Gruppen. Ein LSBTIQ* Vertretungssitz im NDR-Rundfunkrat ist eine logische Konsequenz.

7. **LSBTIQ*-Vertretungssitz im Landesseniorenbeirat:** Unterstützen Sie die demokratische Beteiligung von queeren Senior*innen mit einem Sitz im Landesseniorenbeirat?

Vgl. Antwort von 6. Auch hier plädieren wir für eine entsprechende Vertretung.

8. **Internationale Lage und queere Geflüchtete:** Mit welchen Maßnahmen wollen Sie zu einer Verbesserung der internationalen Menschenrechtsslage für LSBTIQ* und sicheren Unterkünften, sowie Beratungsangeboten für queere Geflüchtete in Hamburg beitragen?

Volt setzt sich konsequent dafür ein, dass Geflüchtete in Hamburg Schutz finden. Dies gilt speziell für diejenigen, die aufgrund ihrer queeren Identität oder aufgrund mehrere Dimensionen verfolgt werden. Unser Programm hält fest:

“Integration und Teilhabe von Geflüchteten und Migrant*innen

Deutschland ist ein Einwanderungsland und Volt bekennt sich klar und unmissverständlich zur offenen und vielfältigen Gesellschaft. Während es – wie in jedem Bereich – auch im Bereich Migration und Integration Herausforderungen gibt, überwiegen die Vorteile für Deutschland und Europa bei Weitem – kulturell, gesellschaftlich und volkswirtschaftlich. Der demografische Wandel und eine alternde Bevölkerung machen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt dringend erforderlich. Deutschland und Europa werden – bei gelungener Integrationspolitik (s. u.) – erheblich von Einwanderung profitieren. Ein starkes Europa lebt von seiner Vielfalt und Offenheit.

Gleichzeitig führen sich weltweit verschärfende Krisen zu zunehmenden Fluchtbewegungen. Volt erkennt ausdrücklich auch den Wunsch, seine wirtschaftlichen Lebensperspektiven zu verbessern, als legitimen und zu berücksichtigenden Migrationsgrund an. Wir erkennen an, dass es im Rahmen von Migration und Integration Herausforderungen und auch handfeste Probleme gibt. Die Herausforderungen möchten wir gemeinsam als Europäer*innen meistern und die Probleme lösen – zum Wohle aller Menschen, die, egal seit wann und wie lange, in Deutschland leben.

Wir möchten diejenigen Menschen in Hamburg unterstützen, die bereits jetzt viel Zeit und Mühe – beruflich oder ehrenamtlich – aufwenden, um Geflüchteten das Ankommen und die Integration zu erleichtern. Wir stehen für eine **echte und klug praktizierte Willkommenskultur**, die Menschen würdig behandelt und ihren Aufenthalt, egal, ob kurz oder lang, wertvoll gestaltet. Davon profitieren die Geflüchteten, die Menschen, die schon lange hier leben, und unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Die Verwaltung wird entlastet, Rechten und Rechtsextremen wird die Grundlage für ihre Narrative entzogen. **Volt macht all denjenigen Menschen in Hamburg ein Wahlangebot, die von der derzeitigen Migrations- und Integrationspolitik enttäuscht sind und sich einen klugen, wissenschaftsbasierten und humanen Umgang mit diesem so wichtigen Thema wünschen.**

Volt Hamburg setzt sich dafür ein,

- die **Bargeldobergrenze von 50 € im Rahmen der sog. “Bezahlkarte” abzuschaffen**. Da die Kartenzahlung in Deutschland vielerorts nicht möglich ist, stellt die Bargeldobergrenze ein massives Hemmnis für

Integration und Teilhabe dar. Bezahlen bei Schulausflügen, Einkaufen auf dem Wochenmarkt oder auf dem Flohmarkt sind ohne Bargeld meist nicht möglich.

- allen Menschen, die in Deutschland ankommen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive, einen **sofortigen Zugang zu sozialer, rechtlicher, medizinischer und psychologischer Hilfe** zu ermöglichen. Außerdem fordern wir **einen sofortigen Zugang zu Bildungsangeboten und sozialer Teilhabe**. Hierfür ist der Kulturpass, der die kostenfreie Teilnahme an ausgewählten Veranstaltungen in Hamburg ermöglicht, ein geeignetes Instrument.
- **bessere Unterkünfte** unter dem Verzicht auf große Mehrbettzimmer zu schaffen und städtische Räume so zu gestalten, dass sie für alle zugänglich sind und soziale Interaktion fördern.
- Geflüchteten und Migrant*innen kostenlosen **Zugang zu Sportvereinen und Schwimmbädern** zu ermöglichen, um die Integration und den gesellschaftlichen Austausch zu erleichtern. Ein Konzept hierzu soll gemeinsam mit den Vereinen in Hamburg erarbeitet werden.
- den **Spracherwerb** als Grundlage für die Teilhabe weiter zu vereinfachen und zu fördern.
- Menschen und ihren Bedürfnissen **mehr Aufmerksamkeit** zu widmen und Zugang zu Bildungsangeboten zu ermöglichen, die eine **unklare oder keine langfristige Bleibeperspektive** haben. Diese Menschen, häufig junge Männer*, leben unter beengten Bedingungen, haben keine Arbeitserlaubnis und wenig bis keinen Kontakt zur lokalen Bevölkerung. Auch für Geflüchtete, die keine langfristige Bleibeperspektive erhalten, sind erlangte Sprachkenntnisse und Fähigkeiten von unschätzbarem Wert bei der Rückkehr ins Heimatland und tragen zum Wissenstransfer in diese Länder bei.
- **ein*e Ansprechpartner*in auf Staatsrats-Ebene** für das Ehrenamt und die geflüchteten Menschen zu schaffen, um die Zusammenarbeit mit Behörden an einem Punkt zu bündeln und effektiver zu gestalten.
- **die personelle und technische Ausstattung der Hamburger Behörden nachhaltig zu verbessern**, um Asylverfahren – auch und insbesondere im Sinne der Betroffenen – schnell bearbeiten und abschließen zu können.
- eine Stärkung und effektivere Ausgestaltung des **Hamburg Welcome Center**, um Menschen das Ankommen und die Integration (auch in den Arbeitsmarkt) zu erleichtern. Ein besonderer Fokus soll auf zusätzlichen Angeboten für Frauen* liegen, da diese bei der Aufnahme von Arbeit vor besonderen Herausforderungen stehen. Außerdem soll das

Hamburg Welcome Center besser mit anderen Behörden vernetzt werden.

- auf Bundesebene setzen wir uns für einen deutlich **schnelleren und vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt unabhängig vom Aufenthaltsstatus** ein. Das Arbeitsverbot verhindert Integration und Teilhabe, führt Menschen in irreguläre Beschäftigung und hält der Volkswirtschaft dringend benötigte Arbeitskraft vor. Eine unvoreingenommene, wertschätzende und rasche Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen ist hierfür eine Voraussetzung, die dringend geschaffen werden muss.
- die **Hamburger Mentor*innen-/Pat*innen-Programme** zu unterstützen und auszuweiten, die Hamburger*innen mit Geflüchteten und insbesondere mit den derzeit über 1.300 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zusammenbringt.“